Obergrenze für Vorstandsgehälter!

Zur Weiterleitung an den Parteitag der NRWSPD: Der Beirat der SPD Dortmund möge beschließen, Vorstandsgehälter in staatlichen sowie privaten Unternehmen an die Entwicklung des Durchschnittlohns der Belegschaft zu koppeln

Während der durchschnittliche Beschäftigte bei der Deutschen Post 2022 noch ein Jahresbruttogehalt von etwas weniger als 46.000€ hatte, waren es bei einem Mitglied des Vorstandes knapp 2.000.000€. Vorstandsmitglieder hatten demnach knapp 45-mal so viel verdient, wie ein durchschnittlicher Beschäftigte. Noch (krasser) sieht der Unterschied beim Vorstandsvorsitzenden aus. Dieser verdiente 2022 knapp 5,5 Millionen €, was dem 120-fachem eines durchschnittlichen Angestellten entspricht.

Die Deutsche Post ist hierbei nur ein Beispiel für viele weitere Unternehmen, in denen die Vorstandsgehälter mittlerweile brutal von denen der normalen Beschäftigten entkoppelt sind. Der Grund hierfür liegt in der kapitalistischen ausbeuterischen Wirtschaftsordnung, welches im Gesetztesleeren Vakuum die Perversionen des „freien Marktes“ zum Vorschein bringt.

Eine sozialdemokratische Finanz- und Wirtschaftspolitik, muss es sich zur Aufgabe machen, Umverteilungen dieser Art von unten nach oben, schnellst möglichst aufzuhalten und umzukehren.

Eine Arbeitsgruppe soll daher den Auftrag erhalten, ein Konzept zu erarbeiten, wie sich diese Entkoppelung der Vorstandsgehälter im Vergleich zu den Gehältern der normalen Belegschaft aufhalten lässt. Dieses Konzept soll Raum bieten, dass mit wachsenden Belegschaftsgehältern auch die Vorstandsgehälter wachsen dürfen. So haben auch die Vorstandsmitglieder ein Interesse an einer positiven Lohn Entwicklung der Gesamtbelegschaft. Weiterhin soll auch eine Obergrenze, relativ zu den Gehältern der Belegschaft eingeführt werden. Der Vorstandsvorsitzende eines Unternehmens, erst recht eines staatlichen Unternehmens, sollte nicht das 120- Fache dessen, eines normal Beschäftigten verdienen dürfen.